

## Positionen der FDP/DVP-Landtagsfraktion in der Hauptschuldebatte

### 1. Die FDP/DVP-Fraktion will die Hauptschule im gegliederten Schulsystem von Baden-Württemberg erhalten.

- ❖ Die hohe Leistungsfähigkeit des baden-württembergischen gegliederten Schulsystems wird in den Vergleichsstudien immer wieder bestätigt. Und diese Studien haben bisher keinen Beleg dafür geliefert, dass andere Schulstrukturen leistungsfähiger wären.

- ❖ *PISA 2000: „Aufgrund der Schwierigkeiten, die **verschiedenen Formen der Schul- und Unterrichtsorganisation** adäquat zu erfassen, ist es **nicht möglich, eindeutige Aussagen zu ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Schülerleistungen zu machen. Offensichtlich variieren die durchschnittlichen Schülerleistungen in den verschiedenen Teilnehmerländern unabhängig von den Formen der Schul- und Unterrichtsorganisation.** Dieses Ergebnis **bestätigt die Befunde älterer internationaler Schulleistungstudien, die ebenfalls **keinen Zusammenhang der Leistungen mit der Schulorganisation** feststellen konnten.** (S. 427)*

*Prof. Manfred Prenzel (Leiter des deutschen PISA-Konsortiums) zu PISA 2003: „Nüchtern betrachtet **ist die Frage der Schulstruktur ein Faktor neben vielen anderen.**“ Für den Erfolg gibt es in dieser Hinsicht **kein Patentrezept.** „Jedes Land muß seinen Weg finden.“*

- ❖ Auch bei einer grundsätzlichen Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem blieben uns die Probleme erhalten. Der Schülerzahlenrückgang bleibt - das ist vor allem ein demographisches Problem. Die Standortfrage wird verschärft, denn auch wir wollen, soweit es irgend geht, die Schulstandorte gerade im ländlichen Raum erhalten. Und es würden erhebliche Investitionen in (Neu-)Baumaßnahmen nötig, die mit Blick auf die langfristige Entwicklung der Schülerzahlen sehr zu überlegen sind (siehe S. 3, Tabelle 1).

## **2. Um die Hauptschule als Schulform erhalten zu können, muss die Leistungsfähigkeit der Standorte erhalten bzw. ausgebaut werden.**

- ❖ Diese Optimierung der Hauptschulstandorte kann nur gemeinsam mit der kommunalen Seite gelingen und organisiert werden. Denn die Situation der einzelnen Hauptschulen im Land ist denkbar unterschiedlich (siehe dazu die Textangaben auf S.3). Wir müssen den jeweiligen Besonderheiten „vor Ort“ Rechnung tragen werden, Lösungen können nicht flächendeckend von oben "übergestülpt" werden.
- ❖ Die bisher angewandten Mittel zur Sicherung der Hauptschulstandorte sollen dabei grundsätzlich beibehalten werden - wir haben ja jetzt schon kombinierte Klassen, jahrgangsübergreifenden Unterricht, Kombinationsklassen GS/HS und Hauptschul-Kooperationen (auch dazu Zahlenangaben auf S. 5). Aber sie müssen dem Ziel der Standortverbesserung dienen und nicht mehr wie bislang vor allem der Standortsicherung „um jeden Preis“.
- ❖ Diese Möglichkeiten der Zusammenarbeit müssen auf jeden Fall weiterentwickelt und erleichtert werden. Schon heute bietet das Schulgesetz eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Kooperation wie die Zuweisung einzelner Klassenstufen an benachbarte größere Hauptschulen, die Zusammenlegung von Hauptschulen oder die Umwandlung einer kleinen Hauptschule in die Außenstellen einer größeren, die Einrichtung eines Schulverbandes (zwei Schulträger betreiben gemeinsam eine Schule) oder Schulverbundes (zwei verschiedene Schularten unter einer Schulleitung). Die Möglichkeiten sind schon da, sie konnten nur bisher kaum genutzt werden. Hier muss die Kultusbürokratie noch viel flexibler werden und den Schulen die nötigen Kooperationsmöglichkeiten eröffnen, und zwar schnell und unbürokratisch. Und genauso muss es möglich sein – wenn Schulträger und Schule dies wünschen -, Hauptschule und Realschule mit differenzierten Bildungsgängen und Abschlüssen, aber teilintegriertem Unterricht, unter einem Dach zusammenzuführen.
- ❖ Ein weiteres wichtiges Mittel zur Standortverbesserung ist der Wettbewerb der Schulen untereinander durch die Aufhebung der Hauptschulbezirke und zwar gemeindeübergreifend und, wenn nötig, auch kreisübergreifend. Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Ganztagsangebote wird die Aufhebung der Schulbezirke sowieso unumgänglich (siehe auch die Festlegung in der Koalitionsvereinbarung: *„Durch größere Schulbezirke schaffen wir mehr fachliche Wahlfreiheit für die Eltern und stärken auch die Eigenständigkeit der Schulen. Gemeinsam mit den Schulträgern werden wir die derzeit erprobten Modelle bewerten und eine weitere Öffnung der Schulbezirksgrenzen prüfen.“*). Wir wollen da nicht mehr lange prüfen, das sollte schnell umgesetzt werden.  
Das ist auch psychologisch wichtig mit Blick auf eine stärkere Akzeptanz der Hauptschule (siehe Schulversuch Stadt Mannheim, Senkung der HS-Bezirke von 21 auf drei). Die Hauptschüler

fühlen sich aufgewertet, sie haben dieselben Wahlrechte wie Realschüler und Gymnasiasten. Und durch die freie Wahl der Schule entsteht eine stärkere Bindung der Schüler an **ihre** Hauptschule.

### **3. Die Standortverbesserung wird nur gelingen, wenn auch die kommunalen Schulträger daran ein Eigeninteresse haben und die Akzeptanz der Hauptschule gestärkt wird.**

- ❖ Die durch eine Standortoptimierung freiwerdenden Lehrerressourcen müssen den Schulen erhalten bleiben. Sie sind also weiterhin innerhalb des Hauptschulbereichs einzusetzen. Das bedeutet klipp und klar: Die Standortoptimierung ist für uns kein Sparmodell. Wenn den Schulen die vorhandenen Ressourcen verbleiben, dann bekommen wir auch die Zustimmung der Kommunen, die Zustimmung der Eltern zur Standortverbesserung. Denn sie sehen dann, durch den gezielten Einsatz der Ressourcen kann das schulische Angebot insgesamt verbessert werden.
- ❖ Zur Stärkung des Eigeninteresses der kommunalen Seite an der Standortoptimierung und damit der Optimierung des Einsatzes von Lehrerressourcen ist die seither auf die Klassenzahl bezogene Lehrerzuweisung mittelfristig zu ersetzen durch eine auf Kreisebene zu verwaltendes Personalbudget nach Maßgabe der Schülerzahl. Die im Zuge der Verwaltungsreform erfolgte Ansiedlung der Schulämter beim Kreis bietet hierfür bereits grundsätzliche Voraussetzungen. Dieses Modell erleichtert es auch, in einer weiteren Stufe den einzelnen Schulen Personalbudgets zuzuweisen. (Die Einführung kann nicht „schlagartig“ erfolgen und darf insbesondere nicht dazu führen, neue Schulgebäude errichten zu müssen, die aufgrund des Schülerzahlenrückganges in absehbarer Zeit nicht mehr benötigt werden.)
- ❖ Die Qualität der Hauptschularbeit und damit auch die Akzeptanz dieser Schulart muss außerdem weiter verbessert werden durch einen stärkeren Praxisbezug spätestens ab Klasse 8. Aber vor allem müssen die – von der „Abnehmerseite“ ausdrücklich beklagten – Schwächen von Hauptschulabsolventen beseitigt werden: Mathe-Deutsch-soziale Kompetenzen, das muss stärker in den Mittelpunkt gerückt werden im Unterricht, aber auch durch außerunterrichtliche Aktivitäten. Wir brauchen mehr Ganztagesbetreuung an der Hauptschule, einen stärkeren Einsatz von Lehrbeauftragten, Jugendbegleitern und Lernbegleitern. Auch schlagen wir Modelle eines sozialen Trainings im Betrieb vor. Damit lässt sich auch bei Hauptschülern die Lernmotivation und Lernfähigkeit steigern, ihr schulischer Erfolg sichern und ihre Ausbildungsreife verbessern. Eine moderne Hauptschule im Ganztagesbetrieb, die außerschulisch gut vernetzt ist, kann das leisten.
- ❖ Letzter Punkt für eine höhere Attraktivität der Hauptschule: Die Lehrer müssen auch eine Aufstiegsmöglichkeit erhalten. Auch hier verweisen wir noch einmal auf die Koalitionsvereinbarung: *„Wir werden prüfen, ob durch eine Weiterentwicklung des Lehramts „Grund- und Hauptschule“ sowie – sobald rechtlich möglich – die Spreizung von Eingangsamt in A 11 und die Schaffung eines Beförderungsamtes in A 13 für Hauptschullehrkräfte zusätzliche*

*Anreize geschaffen werden können, diesen Beruf zu ergreifen.“ Auch hier werden wir nicht locker lassen - das muss umgesetzt werden.*

**Auch Hauptschüler brauchen einen eigenen Lern- und Entwicklungsraum. Wir wollen ihn erhalten und sind sicher, dass uns das auch gelingt. Die Hauptschule hat eine Zukunft.**

Stuttgart, den 31. Januar 2007

## Entwicklung des gegliederten Schulwesens vor dem Hintergrund des Schülerzahlenrückgangs

Tab. 1: Schülerzahlen-Entwicklung

	2005/06	2010/11	2015/16	2020/21
GS	445.100	400.800	372.700	373.700
Δ 05/06		- 44.300 <b>- 9,9 %</b>	- 72.400 <b>- 16,3 %</b>	- 71.400 <b>- 16,0 %</b>
HS	190.100	164.000	147.500	137.800
Δ 05/06		- 26.100 <b>- 13,7 %</b>	- 42.600 <b>- 22,4 %</b>	- 52.300 <b>- 27,5 %</b>
RS	233.900	224.500	205.500	189.600
Δ 05/06		- 9.400 <b>- 4,0 %</b>	- 28.400 <b>- 12,1 %</b>	- 44.300 <b>- 18,9 %</b>
GY	298.000	305.900	260.200	238.000
Δ 05/06		+ 7.900 <b>+ 2,7 %</b>	- 37.800 <b>- 12,7 %</b>	- 60.000 <b>- 20,1 %</b>

*Basisdaten: StaLa Prognose 2006*

Schülerzahlenentwicklung regional bzw. in Ballungs- gegenüber ländlichen Räumen im einzelnen sehr unterschiedlich. Stärkster Rückgang der Grundschülerzahlen in Kreisen mit heute noch relativ junger Bevölkerung (insbes. Landkreise Sigmaringen, Biberach, Alb-Donau). Moderatere Entwicklung in allen Stadtkreisen.

Rückgang an **Hauptschulen** im einzelnen ebenfalls unterschiedlich: Zollernalbkreis bereits bis 2010/12 - 25 %, Stadtkreis Freiburg und Landkreis Esslingen - 12 %.

Tab. 2: Kenndaten 2005/06

	Schulen	Klassen	Klassen je Schule	rechnerische Züge	Schüler je Klasse	Schüler je Schule
GS	2.495	20.210	8,1	2,0	22,0	178 <i>Durchschnittliche Jahrgangsstärke</i> $\frac{1}{4} = 44,6$
HS	1.202	9.273	7,7	1,5	20,5	158 $\frac{1}{5} = 31,6$
RS	427	8.455	19,8	3,3	27,6	547 $\frac{1}{6} = 91,2$
GY	376	8.890	(23,6)	(2,6)	27,7	793 $\frac{1}{9} = 88,1$

*Basisdaten: StaLa; Stand: 12.10.05*

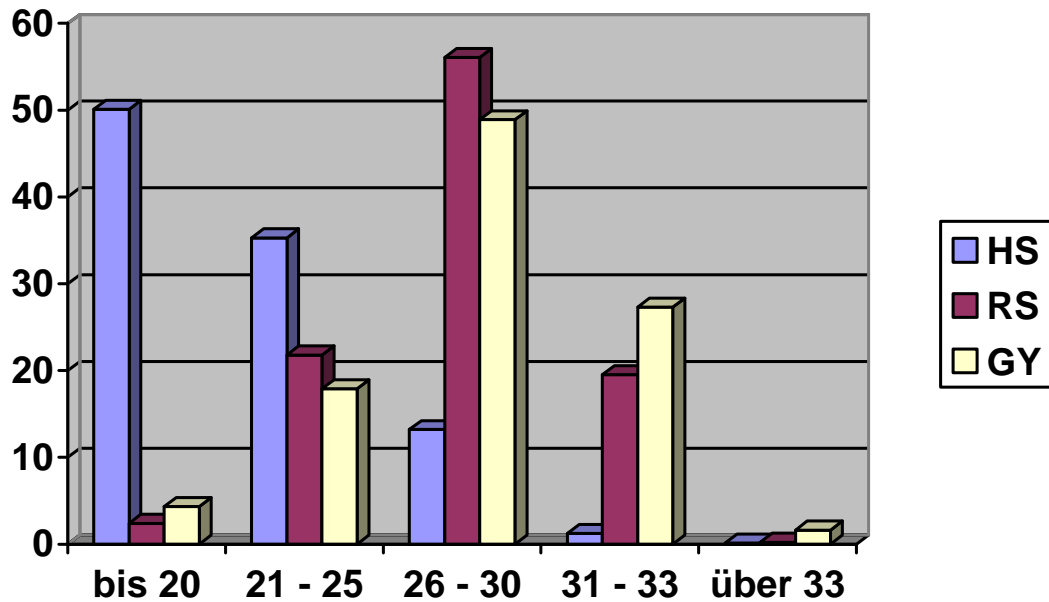
Tab. 3: Gruppierung der Klassengrößen (2005/06)

	≤ 20	21-25	26-30	31-33	≥ 34	∅	Σ Kl.
GS	33,0 %	47,3 %	19,3 %	0,4 %	0,0 %	22,1	20.171
HS	<b>50,1 %</b>	35,3 %	13,2 %	1,2 %	0,1 %	20,6	9.240
RS	2,4 %	21,8 %	56,1 %	19,5 %	0,2 %	27,6	8.455
GY	4,3 %	17,9 %	48,9 %	27,3 %	1,6 %	28,1	7.700

Quelle: Mttlg. LR: Bericht Senkung der Kl.frequenzen, Drs. 14/322 (19.9.06)

Abbildung: Gruppierung der Klassengrößen

Anteil der Klassen [%]



Schüler je Klasse

Tab. 4: Gruppierung der Klassengrößen Kl. 5 (2005/06)

	≤ 20	21-25	26-30	31-33	≥ 34	∅	Σ Kl.
HS	<b>54,3 %</b>	31,1 %	13,5 %	1,2 %	0,0 %	20,2	1.507
Komb.Kl.	<b>73,5 %</b>	21,5 %	5,0 %	0,0 %	0,0 %	15,7	340
RS	4,9 %	29,7 %	52,7 %	12,5 %	0,2 %	26,7	1.268
GY	0,9 %	11,5 %	48,4 %	37,7 %	1,5 %	29,2	1.264

Quelle: Mttlg. LR: Bericht Senkung der Kl.frequenzen, Drs. 14/322 (19.9.06)

Tab. 5: Übergangsquoten

	→ HS	→ RS	→ GY
1995	37,0 %	29,8 %	31,5 %
2005	28,9 %	31,9 %	37,8 %

Quelle: StaLa (Monatsheft 8-2006)

Übergangsverhalten variiert auf Kreisebene erheblich; größte Spannweite bei Übergang auf das Gymnasium: Landkreis Waldshut 28 %, Stadtkreis Heidelberg 56 %.

Entsprechende Variation auch beim **Übergang auf die Hauptschule**; hier in ländlichen Räumen grundsätzlich hohe Quoten – mit im einzelnen unspezifischen Entwicklungen (Bsp. Hohenlohekreis: 1995/96 Quote Hauptschule 42,6 %, 2005/06 nur noch 28,6 % = - 14 Prozentpunkte).

#### Weitere Daten zur (äußeren) Situation der Hauptschule

- ca. 60 % 1-zügig und unter 1-zügig (gut 10 %)
- in ca. 50 % der 1-Zügigen Kl. 5  $\leq 17$   
in ca. 30 %  $< 16$  (Untergrenze für Klassenbildung)
- ca. 4 % kombinierte Klassen (vor allem 5/6, auch 7/8)  
mehr als 18 % der 5. Kl. kombiniert  
  
Ziel: Klassengröße  $> 16$ ; aber ca.  $\frac{3}{4}$  der komb. Klassen  $\leq 20$
- zusätzlich 72 Kombinationsklassen von Grund- und Hauptschülern
- an Großteil der Schulen jahrgangsübergreifender Unterricht in jeweils mehreren Fächern, herangezogen werden grundsätzlich alle Fächer
- Hauptschul-Kooperationen: Schule Standort A: Kl. 5 + 6, Schule Standort B: Kl. 7 – 9 zentral für beide Standorte oder Abordnung einzelner Klassen (vorwiegend in 7 – 9)
- „Standorthauptschulen“, um zusätzliche Angebote außerhalb Pflichtbereich (z.B. Integrationsangebote, Sprachförderung, Förderung bei LSR) auch Schülerinnen/Schülern kleiner Hauptschulen zugänglich zu machen
- 10. Hauptschuljahr an ca.  $\frac{1}{4}$  der Standorte (Anreise bis 20 km)